Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 10

Artikel: Zum Problem der Arbeitslosigkeit
Autor: Grimm, Robert
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-329178

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rote Revue

Sozialistische Monatsschrift

10. HEFT JUNI 1926 V. JAHRG.

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Zum Problem der Arbeitslosigkeit.

Von Robert Grimm.

Die Arbeitslosigkeit ist zu einer ständigen Erscheinung der heutigen Gesellschaft geworden. Das war schon früher so, jetzt aber handelt es sich um die Arbeitslosigkeit als einer dauernden Massenerscheinung. In jedem kapitalistisch entwickelten Lande gibt es je nach seinem Umfange Zehntausende, Hunderttausende, Millionen von Beschäftigungslosen. Die Arbeitslosigkeit ist das Problem der Gegenwartsgesellschaft.

Im allgemeinen beugen sich die Menschen vor der Arbeitslosigkeit wie vor einem Fatum. Die Tatsache läßt sich nicht ändern, über ihre Ursache ist man sich nicht im klaren, also begnügt man sich mit Palliativmittelchen und hofft in der Zwischenzeit auf eine Wendung zum Besseren.

Zu diesen Palliativmitteln gehören Notstandsarbeiten, Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge. Die Regierungen fordern im Namen des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit Abwehrmaßnahmen gegen die Konkurrenz des Auslandes. Erhöhte Zölle und Einfuhrbeschränkungen sind ihre Auskunftsmittel, und gelegentlich kommt es zu einer internationalen Wirtschaftskonferenz, bei der nichts herausschaut. Inzwischen klappert die Mühle des Kapitalismus weiter, aber an ihrem kreischenden Gang merkt man, daß ihr der frühere Schwung fehlt.

Selbstverständlich kann die Arbeiterklasse weder auf die Notstandsarbeiten noch auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Arbeitslosenfürsorge verzichten, trotzdem es sich um Palliativmittel handelt. Die Arbeiterklasse lebt inmitten der kapitalistischen Gesellschaft. Sie hat keinen entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik dieser Gesellschaft. Auch dort, wo die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegt, besitzt sie diesen entscheidenden Einfluß nicht. Denn die Wirtschaft ist kapitalistisch und überdies international verflochten. Um sie im Sinne der Aufhebung der Arbeits-

losigkeit umzugestalten, müßte die Eigentumsform ändern, das Privateigentum müßte dem Gemeineigentum, die Privatwirtschaft der Gemeinwirtschaft weichen.

Solange dieser Umschwung nicht Platz gegriffen hat, bleibt der Arbeiterschaft unmittelbar kein anderer Weg zur Linderung der Arbeitslosigkeit als die erwähnten Notmaßnahmen. Diese Zwangslage, an der die Arbeiterschaft unschuldig ist, führt häufig zur Verkennung des ganzen Problems. So notwendig innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist, um durch ihn wenigstens die bittersten Folgen zu mildern, so notwendig ist anderseits das Bewußtsein, daß jeder Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auf die Dauer erfolglos bleiben muß, wenn er sich nicht zugleich gegen ihre Ursache, gegen den Kapitalismus selbst, richtet.

Dieses Bewußtsein fehlt heute noch in weiten Kreisen des Proletariats. Die Sorge des Alltags läßt die Erkenntnis nicht aufkommen. Das ist um so verhängnisvoller, weil die von den kapitalistischen Regierungen getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Zoll- und Handelspolitik bei oberflächlicher Betrachtung leicht den Schein einer Berechtigung auch vom proletarischen Gesichtspunkt aus gewinnen, während in Wahrheit diese Maßnahmen nur Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber der Logik der wirtschaftlichen Tatsachen sind, geeignet, das Verhängnis zu beschleunigen.

Der Kampf der kapitalistischen Welt gegen die Arbeitslosigkeit baut sich auf der Annahme der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit auf. Die Krise ist da, die Betriebe ruhen oder arbeiten reduziert, die Arbeiter stehen auf der Straße. Was tun? Man muß sehen, daß vermehrte Aufträge und Bestellungen hereinkommen. Da die Inlandsproduktion infolge der Konkurrenz der billigen Auslandsware stockt, muß man wenigstens den Inlandsmarkt für die einheimische Produktion zurückgewinnen. Das soll erreicht werden durch die Erschwerung oder durch die teilweise Unterbindung der Einfuhr. Die Mittel dazu sind Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen. Werden sie angewendet, so gelingt es, die einheimische Produktion auf dem Inlandsmarkt abzusetzen. Die Betriebe kommen halbwegs wieder in Gang, die Arbeiter kehren in die Fabriken und Werkstätten zurück, die Krise wird gemildert und schließlich überwunden. So ist am Ende die Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit glänzend gerechtfertigt und damit nachgewiesen, daß Schutzzölle und Einfuhrbeschränkungen im Interesse der Arbeiterschaft liegen.

Die Logik scheint klar, einfach und schlüssig. Aber wie so oft, so auch hier: die scheinbar einfachsten und schlüssigsten Dinge führen zu den verwickeltsten Problemen.

Zunächst das eine: Seit Kriegsende hat in allen kapitalistischen Ländern eine schutzzöllnerische Hochflut eingesetzt. Die Wirtschaftskrise aber milderte sich nicht. Vorübergehende Erleichterungen wichen neuen Erschütterungen, die Krise selbst besteht in Permanenz.

England mit seiner radikalsten Ausbildung des Schutzzollsystems und seiner Million ständiger Arbeitslosen ist ein sprechendes Beispiel. Die anderen Länder mit ihrer schleichenden Wirtschaftskrise nicht minder.

Eine zweite Ueberlegung erschüttert die scheinbar klare, einfache und schlüssige Logik. Wenn der Inlandsmarkt und damit die Inlandsproduktion durch staatliche Abwehrmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz geschützt werden sollen, was geschieht dann mit dem Export? Die Schutzzölle werden geschaffen, weil die Auslandsware die Preise der Waren einheimischer Provenienz ruiniert. Die logische Folge des Zollschutzes ist eine Teuerung der Warenpreise auf dem Inlandsmarkt. Wäre das nicht der Fall, so fände der Zollschutz seine kapitalistische Rechtfertigung nicht. Der Export aber stockt, weil die für seinen Bedarf hergestellten Erzeugnisse zu teuer sind. Durch den Schutzzoll werden sie noch mehr verteuert, denn steigende Warenpreise auf dem Inlandsmarkt bedeuten steigende Produktionskosten der einheimischen Wirtschaft. Das haben die schweizerischen Exportindustriellen, die bisher den Tanz um den erhöhten Schutzzoll immer mitmachten, begriffen, daher ihr Konflikt mit den Bauern und den Gewerblern.

Wir sehen, was scheinbar so einfach und schlüssig war, wird schon komplizierter, sobald man die angeblich logischen Schlüsse an der Wirklichkeit und ihren Tatsachen überprüft. Bei näherer Betrachtung ist es aber nicht nur die Tatsache steigender Arbeitslosigkeit bei steigendem Zollschutz, ist es nicht nur der Zerfall des Exportes, der die Theorie von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit ins Wanken bringt. Auch in den für den Inlandsmarkt mit den Krücken des Zollschutzes arbeitenden Industrien wird auf die Dauer die Arbeitslosigkeit in diesen Wirtschaftszweigen nicht beseitigt. Es handelt sich nur um eine Vergünstigung von kurzer, vorübergehender Wirkung, während gleichzeitig die übrigen Wirtschaftszweige infolge der wachsenden Teuerung und der steigenden Produktionskosten geschädigt werden.

Die Beweisführung für diese These nötigt zu ein paar allgemeinen theoretischen Erörterungen, die für den Marxisten zwar Gemeinplätze, für die Arbeiterklasse um so unentbehrlicher sind, weil jetzt jeder Tag aufs neue und immer eindringlicher die Richtigkeit der marxistischen Schule und ihrer Lehren bestätigt.

Gemeinhin faßt man das Geld als Kapital auf. Wer Geld besitzt, ist Kapitalist. Das ist der Schein der Dinge. Geld wird indes erst durch seine dauernde und regelmäßige Verwendung im Produktionsprozeß zu Kapital. Wer eine Million besitzt, sie im Kassaschrank liegen läßt, ist noch nicht Kapitalist. Hat er zufällig seine Million am Anfang des Jahres in den Kassaschrank gelegt und öffnet er ihn am Ende des Jahres, wird er sich leicht davon überzeugen, daß er zwar noch seine Million besitzt, falls sie ihm nicht gestohlen wurde, aber auch keinen Rappen mehr und keinen Rappen weniger. Geld wird erst zu Kapital, der Geldbesitzer erst zum

Kapitalisten, wenn er Produktionsmittel erwirbt, Arbeitskräfte beschäftigt und den ursprünglichen Stoff in ein neues Produkt verwandeln läßt.

Nun hat aber der Kapitalist kein Interesse an einer Produktion, die ihm nichts einbringt. Er will etwas „verdienen", sonst könnte er sein Geld ebensogut ungenutzt im Kassaschrank liegen lassen. Sein Zweck ist nicht, diese oder jene bestimmte Ware herzustellen. Die besondere Art oder Gattung der Ware, die er erzeugen läßt, ist ihm nur Mittel zum Zweck. Der Zweck selbst ist ein anderer. Er will am Ende seines Produktionsprozesses mehr Geld haben als am Anfang. Zu seinem alten Wertbesitz will er neuen Wert, Mehrwert, hinzubekommen.

Es gehört nicht in diesen Zusammenhang, auf die Entstehung des Mehrwertes einzugehen. Wer sich dafür interessiert, möge die einschlägige Literatur nachblättern. Wichtig ist hier, zu wissen, daß die Erzielung von Mehrwert Zweck und Ziel des Kapitals ist. Je größer die erzielte Mehrwertsumme ist, um so größer die Möglichkeit der Kapitalanhäufung, der sogenannten Akkumulation. Die Kapitalistenklasse verzehrt nicht den ganzen, in einem Jahre angehäuften Mehrwert. Einen Teil davon schlägt sie zum Kapital. So wächst das Kapital von Jahr zu Jahr und setzt sich heute überhaupt nur noch aus akkumuliertem Mehrwert zusammen.

Auf dieser Akkumulation basiert die Theorie von der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit. Da aber der Mehrwert durch die Ausbeutung der Arbeitskraft entsteht, besagt letzten Endes diese Theorie nichts anderes, als daß die Arbeiter alles Interesse an ihrer kapitalistischen Ausbeutung hätten. Denn je größer die durch die Ausbeutung entstandene Mehrwertsumme, um so größer die Steigerung der Kapitalmassen und je größer die Kapitalmassen, um so größer angeblich die Nachfrage nach Arbeitern. Da aber der Mehrwert und die Vergrößerung des Kapitals den Absatz der Produkte zur Voraussetzung hätten, würden die zum Schutz des Absatzes in der Form von Zöllen und Einfuhrbeschränkungen getroffenen Maßnahmen wiederum im Interesse der Arbeiter und ihrer dauernden Beschäftigung liegen.

Ob es so ist, das ist die große Frage.

Sehen wir zu.

Um eine Summe Geldes als Kapital zu verwenden, muß man Maschinen, Werkzeuge und Rohstoffe kaufen und Arbeiter anwerben, die die Rohstoffe mit Hilfe der Maschinen verarbeiten. Die Summe, die als Kapital dienen soll, zerfällt also in zwei Teile. Mit dem einen Teil kauft man die Produktionsmittel (Rohstoffe und Maschinen), der andere Teil wird zur Bezahlung der Arbeitskräfte verwendet. Die Rohstoffe werden durch die Betätigung der Maschinen in ein neues Produkt verwandelt. Ihr Wert erscheint in diesem Produkt unverändert wieder, er bleibt konstant. Durch die Anwerbung der Arbeitskraft wird diese Wertübertragung möglich. Der Kapitalist will aber nicht nur die Wertübertragung, denn wo

Werte bloß übertragen werden, hat sich zwar ihre Erscheinungsform, nicht aber ihre Größe geändert. Die Größe selbst ist konstant geblieben. Der Kapitalist aber will etwas anderes. Er strebt nach Mehrwert. Die Produktion hat für ihn nur dann Sinn und Verstand, wenn zu dem alten Wert neuer hinzukommt. Das wird erreicht, indem der Arbeiter in der Form des Arbeitslohnes nur einen Teil des neuen Wertes erhält, den er erzeugt hat. Die dem Kapitalisten zufallende Wertsumme ist stets größer als der in der Form des Arbeitslohnes dem Arbeiter zufallende Wert. Mit anderen Worten: Während der für die Produktionsmittel aufgewendete Teil des Kapitals konstant bleibt, verändert sich der andere für die Arbeitskräfte aufgewendete Teil des Kapitals. Dieser Teil ist variabel. Wenn der Kapitalist Fr. 100,000.— für Löhne aufgewendet hat, bekommt er im neuen Produkt einen Wert, der diese Summe übersteigt. Darum muß man unterscheiden zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital. Entscheidend für die Nachfrage nach Arbeitern und damit für ihr Wohlergehen ist nun das Verhältnis zwischen dem konstanten und dem variablen Kapital. Die Nachfrage nach Arbeitern richtet sich nicht nach der Größe des Gesamtkapitals, noch nach der Größe des konstanten Kapitals, die Größe des variablen Kapitals ist allein bestimmend.

Wie gestaltet sich nun dieses Verhältnis im Verlauf des Produktionsprozesses?

Wenn wir annehmen, daß das variable Kapital im gleichen Verhältnis zunehme wie das konstante Kapital, so muß mit dieser Zunahme auch die Nachfrage nach Arbeitern steigen und die Lehre von der Interessenharmonie hat ihre Bestätigung gefunden. Nun wird in jedem Jahre durch die lebendige Arbeitskraft eine gewisse Menge neuer Wert geschaffen. Dieser neue Wert gehört zum Teil der Arbeiterklasse als Arbeitslohn, zum anderen Teil der Kapitalistenklasse als Mehrwert. Je größer also der Arbeitslohn, um so kleiner der Mehrwert und umgekehrt. Je größer der Arbeitslohn, je kleiner der Mehrwert, um so kleiner auch der Mehrwert, der zum Kapital geschlagen, akkumuliert werden kann.

Die Steigerung des Arbeitslohnes verlangsamt die Vergrößerung des Kapitals. Um dieser Wirkung zu begegnen, standen dem Kapital von Anfang an zwei Mittel von beschränktem Umfange zur Verfügung. Es wurde entweder der Arbeitslohn verringert oder der Arbeitstag verlängert. Beide Verfahren haben aber ihre natürlichen Schranken. Einmal muß der Arbeitslohn wenigstens so hoch sein, daß die Fortpflanzung der Arbeitskräfte möglich ist, und zweitens kann der Mensch auf die Dauer nicht über eine gewisse Zahl von Stunden hinaus arbeiten, wenn er nicht zugrunde gehen soll.

Ein wichtigeres und entscheidenderes Mittel war daher die Verbesserung der Produktionsweise. Dadurch wurde es möglich, mit immer weniger menschlicher Arbeit immer mehr

Produkte herzustellen. Der erste Schritt hiezu war die Kooperation, die Vereinigung von mehreren Arbeitskräften an ein und derselben Arbeitsstätte. Ihre Vollendung erfuhr diese Verbesserung durch die Anwendung und den Ausbau der Maschine. Die Ertragskraft der Arbeit, die Produktivität, wird riesenhaft gesteigert und damit können auch die Lebensmittel im weitesten Sinne des Wortes, die zur Erhaltung der Arbeitskraft erforderlich sind, billiger hergestellt und die Arbeitslöhne tiefer gehalten werden.

Tritt nun aber eine Erhöhung der Ertragskraft der Arbeit ein, so muß sich notwendigerweise eine andere Folge ergeben. Die Arbeit wird produktiver. Mit der gleichen Menge Arbeit werden mehr Produkte hergestellt als früher. Wenn aber mit der gleichen Arbeitsmenge eine größere Menge von Produkten hergestellt wird, steigt auch der für die Beschaffung der Produktionsmittel aufgewendete Teil des Kapitals. Wenn beispielsweise die Verbesserung der Produktionsweise bewirkt, daß die gleiche Arbeiterzahl eine doppelt so große Menge von Rohstoffen verarbeitet und daß sich in der Folge auch die Maschinen und Werkzeuge doppelt so rasch abnützen als früher, so verbrauchen diese Arbeitskräfte doppelt so viel konstantes Kapital. Die Gesamtsumme des Kapitals ist gewachsen, aber sein variabler Teil hat sich nicht verändert, und da sich die Nachfrage nach Arbeitern nach dem variablen Kapital richtet, ist trotz der Vergrößerung des Gesamtkapitals keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit eingetreten.

Die Betrachtung der kapitalistischen Produktionsweise zeigt, daß mit der Entwicklung des Kapitals sein konstanter Teil schneller wächst als sein variabler Teil, ja, daß im gegebenen Moment nur noch das konstante Kapital wächst. Nehmen wir an, ein ursprüngliches Kapital habe Fr. 100,000.— betragen, wovon Fr. 60,000.— konstant und Fr. 40,000.— variabel. Nun wird die Ertragskraft der Arbeit verdoppelt. Das konstante Kapital beträgt jetzt Fr. 120,000.—, das variable Kapital ist mit Fr. 40,000.— unverändert geblieben. Im ersten Fall war das Verhältnis 3 : 2, im zweiten Fall ist es 3 : 1.

Nun ist sicher im Verlauf der kapitalistischen Produktion nicht nur das konstante Kapital gewachsen. Auch das variable Kapital hat sich mit der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise vermehrt. Aber die Vermehrung des variablen Kapitals hat sich verlangsamt, während das konstante Kapital ins Riesenhafte angewachsen ist. Schließlich tritt der Zeitpunkt ein, wo die Vergrößerung des Gesamtkapitals überhaupt keine Nachfrage nach Arbeitern mehr zur Folge hat. Wir wollen uns das wieder an einem Beispiel klarmachen.

Wenn ein ursprüngliches Kapital von Fr. 100,000.—, bestehend aus Fr. 60,000.— konstant und Fr. 40,000.— variabel, einen Mehrwert von Fr. 10,000.— abwirft, der zum ursprünglichen Kapital geschlagen wird, so ist die Nachfrage nach Arbeitern gestiegen, auch wenn der kapitalisierte Mehrwert mit Fr. 7000.— konstant und mit

Fr. 3000.— variabel ist. Der variable Teil ist zwar nicht von Fr. 40,000.— auf Fr. 44,000.—, indes doch auf Fr. 43,000.— gestiegen. Mit der Entwicklung der Maschinerie verschlechtert sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten des variablen Kapitals. Ist zuerst das Verhältnis noch wie 7 : 3, so gestaltet es sich wie 8 : 2 und 9 : 1, schließlich entsteht durch die Vergrößerung des Kapitals überhaupt keine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit mehr.

Aendert sich aber die Zusammensetzung des akkumulierten Kapitals, so kann auf die Dauer auch das ursprüngliche Kapital nicht mehr in der gleichen Zusammensetzung verharren. Es muß sich den neuen Zuständen anpassen. Die Maschinen und Werkzeuge nutzen sich ab, die Fabrikanlagen müssen erneuert werden und bei der Erneuerung werden die inzwischen entstandenen technischen Verbesserungen ausgenützt. Jetzt verschiebt sich auch das Verhältnis des ursprünglichen Kapitals. Seine Zusammensetzung ändert sich. Statt 60 konstant und 40 variabel ist es nunmehr vielleicht 70 : 30 oder 80 : 20, je nach dem Fortschritt der Technik.

Praktisch bedeuten diese theoretischen Ueberlegungen, daß das alljährlich aus dem Mehrwert hervorgegangene Kapital nicht so viel Arbeiter braucht, wie seiner Größe entspricht, daß schließlich die Akkumulation überhaupt keine Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitern zur Folge hat und daß zugleich das ursprüngliche Kapital von den Arbeitern, die es bisher beschäftigt hat, einen Teil entläßt, weil es sich den neuen Verhältnissen anpassen mußte. Während auf der einen Seite neue Arbeiter immer weniger und weniger gebraucht werden, werden auf der anderen Seite immer mehr und mehr Arbeiter überflüssig. Das Kapital hat sich märchenhaft vergrößert, aber da das Wachstum nur seinen konstanten Teil betrifft, sinkt die Arbeitsgelegenheit, die Massenarbeitslosigkeit wird zur allgemeinen Erscheinung.

Das praktische Leben bestätigt diese durch die theoretischen Ueberlegungen gewonnenen Erkenntnisse Schritt für Schritt. In früheren Zeiten war die Arbeitslosigkeit eine Ausnahme als Folge von Seuchen und Mißwachs. Heute ist sie zur normalen Begleiterscheinung der kapitalistischen Gesellschaft geworden.

Für die Arbeiter bedeutet die Arbeitslosigkeit ein Unglück. Die Arbeitslosen sind auf die öffentliche Mildtätigkeit angewiesen, die Arbeitenden spüren den Lohndruck und ihr Ausscheidungsalter wird durch die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes immer mehr heruntergedrückt.

Dem Kapitalismus hat die Arbeitslosigkeit Vorteile gebracht, sofern man ihn in seiner Gesamtheit und nicht den einzelnen Kapitalisten ins Auge faßt. Die Arbeitslosigkeit ist ein Hebel für die Akkumulation des Kapitals, eine Grundbedingung seiner Entwicklung. Die Massenarbeitslosigkeit drückt auf das Lohnniveau, und je tiefer dieses steht, um so größer der Mehrwert, um so größer die Akkumulation.

Diese Vorgänge führen zu einer stoßweisen Entwicklung des Kapitals, die durch die Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts schlagend bestätigt wird. In diesem Jahrhundert wurden die Produktivkräfte gewaltig gesteigert. Die Steigerung der Produktivkräfte genügt indes nicht. Die Produkte müssen auch verkauft werden. Die Steigerung der Produktivkräfte hat aber gleichzeitig die Arbeitslöhne gesenkt und damit die Kaufkraft des Volkes geschwächt.

Wohin also mit den Waren? Was tun, um sie abzusetzen und Raum für die Weiterführung der Produktion zu schaffen? Der Kapitalismus mußte für die rasche und möglichst weite Verbreitung der Waren sorgen. Es gelang ihm durch die Schaffung neuer Transportmittel und die Erweiterung bestehender Verkehrswege. Innerhalb eines Zeitraumes von zwei bis drei Jahrzehnten wurden völlig neue Industrien aus dem Boden gestampft. Lokomotiven, Eisenbahnwagen und Schiffsmaschinen wurden gebaut. Neue Fabriken entstanden, mit einem umfangreichen Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen. Ganze Länder wurden mit Schienensträngen überzogen, die Landstraßen verbessert, Binnenkanäle errichtet. Der Bau und Betrieb der neuen Verkehrsmittel absorbierte neue Arbeitskräfte und so gelang es, den Schein aufrechtzuerhalten, als ob mit der Vergrößerung des Kapitals auch die Arbeitsgelegenheit wachse, als ob das Schicksal der Arbeiterklasse an das Gedeihen des Kapitals geknüpft sei. Innerhalb kurzer Zeit wurden neue Produktionszweige ins Leben gerufen, für deren Entstehung früher Jahrhunderte erforderlich gewesen wären.

Auf dieser Entwicklungsstufe liegen die Anfänge des Imperialismus. Die kapitalistische Expansion wird zu einer Notwendigkeit und damit der Interessengegensatz zwischen den kapitalistischen Ländern, der schließlich zu militärischen Rüstungen und zum kriegerischen Zusammenbruch führt.

Heute ist der Kapitalismus an einem Punkt angelangt, wo zwar das Bedürfnis nach Akkumulation in vergrößertem Maßstab weiter besteht, wo aber seine Voraussetzung, die Ausdehnung der Märkte im früheren Ausmaß, fehlt. Daraus erwuchs die Krise der Gegenwart, genährt durch den immensen Widerspruch: Notwendigkeit der verstärkten Akkumulation des Weltkapitals einerseits, Unmöglichkeit, die aus dem Akkumulationsbedürfnis heraus gesteigerte Produktion gewinnbringend absetzen zu können, anderseits. Die Staaten sind aus diesem im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft unlösbaren Widerspruch heraus auf den Versuch verfallen, sich gegenseitig durch hohe Zollmauern gegeneinander abzuschließen. Weil die Expansionsmöglichkeit des Weltmarktes ihre natürlichen Grenzen findet und frühere Absatzländer nunmehr zu Konkurrenzländern geworden sind, soll versucht werden, den Ausfall durch den besonderen Schutz des nationalen Marktes zu decken. England ist hiefür ein besonders beweiskräftiges Beispiel, England, das in seinen Kolonien und Dominions unstillbare

Absatzgebiete zu haben glaubte und jetzt plötzlich wahrnehmen muß, daß gerade aus diesen Gebieten seiner nationalen Industrie eine scharfe Konkurrenz entsteht.

Die Umgürtelung der nationalen Märkte mit immer höheren Zollmauern löst indessen den Widerspruch nicht. Die nationale Produktion hat den nationalen Markt längst gesprengt. Er ist für ihre Bedürfnisse zu klein geworden. Die Wirtschaft ist internationalisiert. Da helfen auch die Zollmauern auf die Dauer nicht mehr, und die Folge ist, solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, die sich immer weiter anwachsende Wirtschaftskrise mit der stets zunehmenden Massenarbeitslosigkeit als unvermeidlicher Begleiterscheinung.

So führt unsere kurze Untersuchung zwingend zu jenem Satz, der eingangs aufgestellt wurde: Jeder Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bleibt auf die Dauer erfolglos, wenn er sich nicht zugleich gegen die Ursache, gegen den Kapitalismus selbst, richtet.

Zur Rechtsprechung über Boykott und Verdrängung.

Von Dr. Rob. Wagner, Bern.

I.

Die besondere Gestaltung des modernen Wirtschaftslebens bringt es mit sich, daß der Kampf um seine Weiterentwicklung in steigendem Maße durch dauernde oder vorübergehende Vereinigungen, Gruppen, Koalitionen geführt wird. Wenn das Recht der Aufgabe, deren Erfüllung die Rechtsgenossen von ihm erwarten, die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens nach den Forderungen der Vernunft, gerecht werden will, muß es zu dieser Tatsache Stellung nehmen. Es muß darauf ausgehen, den Widerstreit der gesellschaftlichen Kräfte so zu kanalisieren und zu gestalten, daß dabei weder den nach einer höhern Organisation tendierenden Kräften ein geeignetes Wirkungsfeld verwehrt, noch den lediglich zerstörenden oder hemmenden ein unverhältnismäßiger Spielraum eröffnet wird.

Eine Erscheinung des „sozialen Wirtschaftskampfes"[1]), wie die verschiedenen Erscheinungen der Tätigkeit der wirtschaftlichen Kampfkoalitionen in der Wissenschaft etwa zusammenfassend genannt worden sind, ist auch der Boykott, mit dem wir uns heute vorzugsweise zu beschäftigen haben. Ein Boykott im Rechtssinn liegt dann vor, wenn eine Koalition mit dem Boykottierten bisher bestehende geschäftliche oder gesellschaftliche Beziehungen abbricht oder die Neuanknüpfung solcher Beziehungen verweigert, um den Boykottierten durch

[1]) Vogt, a. a. O., S. 9 ff.; vergl. Egger, Komm. Z. G. B., S. 110, ad Art. 28.